

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 29) 21 90 38/39
Telex: 8 86 646 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB, Horst Peter MdB und Sigrid Skarpelis-Sperk MdB diskutieren die Thesen Lafontaines zur Erwerbsarbeit: Politik statt Symbolik.

Seite 1

Josef Felder erläutert die Situation der Sozialdemokraten zur Zeit der Macht-ergreifung: Die Zeit der Niederlagen und Enttäuschungen.

Seite 3

43. Jahrgang / 45

7. März 1988

Politik statt Symbolik

Weder Denkverbote noch Mode helfen bei der Bestimmung der künftigen Linie der SPD

Von Michael Müller MdB,
Horst Peter MdB und
Sigrid Skarpelis-Sperk MdB
Mitglieder der SPD-Programmkommission

Wir plädieren für mehr Gelassenheit und eine größere Bereitschaft zu einer produktiven Auseinandersetzung über die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Diesen Streit sollte man nicht personalisieren. Auch wenn wir die Thesen Oskar Lafontaines über die Umbewertung der Arbeit, die wichtige sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse außer acht lassen, nicht teilen und seine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, die einen Mangel an Kenntnissen gewerkschaftlicher Praxis offenbart und eine Scheindiskussion aufbaut, für falsch halten: Der Diskussion dieser Frage kann sich niemand entziehen, der an einem Wechsel in den politischen Mehrheitsverhältnissen der Bundesrepublik ernsthaft interessiert ist. Die sich verstärkende Desillusionierung der konservativen Restauration (in der „Bonner Realsatire“ geistig-moralische Wende genannt) ersetzt nicht die Herausbildung einer neuen mehrheitsfähigen Reformpolitik.

Insofern wäre es falsch, die Debatte mit einer sich steigenden „rhetorischen Dosis“, aber ohne ernsthaften Tiefgang zu führen, oder - erst recht nicht - sie als Vehikel zum Schmieden neuer parteipolitischer Bündnisse zu instrumentalisieren (ein derartiges Spiel kann nur die radikal-flexible immer-dabei-FDP als Sieger sehen).

Uns helfen keine gewerkschaftlichen Denkverbote, auch nicht die yuppiehafte Übernahme modischer und kurzatmiger Zeittrends, die die Fortschrittshoffnungen auf einen Bereich jenseits der Erwerbsarbeit fixieren - das Scheitern wäre vorprogrammiert.

Seit rund zehn Jahren verdichtet sich in unserer Republik eine Konstellation, die von einer brisanten Anhäufung von Krisen und Unsicherheiten gekennzeichnet ist. Die Rückkehr ökonomischer Krisenhaftigkeit und die Anwendung neuartiger Techniksysteme der „Dritten industriellen Revolution“ verändern bisher gefestigte sozial-ökonomische Systemzusammenhänge und erodieren die traditionellen Formen der Massenproduktion und Arbeitsgesellschaft. Dem über viele Jahre erfolgreichen Weg sozialdemokratischer Konsensbeschaf-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtiger Umgang
mit recyceltem Papier
Recycling-Papier



fung wurden die materiellen und finanziellen Grundlagen entzogen. Der Staat - wesentliche Klammer für sozialen Fortschritt und ökonomischen Interessenausgleich - wurde selbst zum Krisenfaktor. Hoffnungen und Sicherheiten, mit denen in den 70er Jahren die Zukunft fast selbstverständlich verbunden wurden, sind in Pessimismus und Orientierungslosigkeit umgeschlagen. Hier liegt eine wichtige Ursache für den Niedergang der sozialdemokratischen Ära Ende des letzten Jahrzehnts. Auch in der politischen Linken fehlte es an motivierenden Ideen zur Weiterentwicklung einer Gegenwart und Zukunft verbindenden Gesellschaftsutopie. Die Krise des Nachkriegsmodells der industriellen Beziehungen droht zur Krise des Fortschritts und damit von Demokratie und Gesellschaft zu werden.

Unter diesen Veränderungen kann es gar keinen Zweifel an der Berechtigung der (zahlreichen) Bemühungen geben, die SPD (und natürlich auch die Gewerkschaften) für „Lernprozesse“ (Dohnanyi) zu öffnen. Kein Zweifel: eine komplexe Gesellschaft kann nicht mehr allein mit einer sozialstaatlichen Wachstumspolitik zusammengehalten werden, an dieser Einsicht wird auch Hermann Rappe nicht vorbeikommen. Oskar Lafontaine muß sich an der konzeptionellen Substanz seiner „Gesellschaft der Zukunft“ messen lassen. Doch: gewogen und zu leicht befunden. Seine Rezepte offenbaren fundamentale Schwächen:

- 0 Wichtiger als eine umfassende wirtschaftspolitische Fundierung überfälliger Gesellschaftsreformen diskutiert er isoliert davon die Reform der sozialstaatlichen Institutionen und eine Sicherung sozialverträglicher Technikentwicklung.
- 0 an die Stelle einer genaueren Bestimmung gesellschaftlicher Machtverteilung und Interessensstrukturen tritt das Suchen nach einer neuen Ethik der demokratischen Linken;
- 0 mit seiner Relativierung der Erwerbsarbeit erreicht er nicht die notwendige Erweiterung des Arbeitsbegriffs (zum Beispiel unbezahlte Tätigkeiten) und eine Verzahnung mit den gesellschaftlichen Problemen (zum Beispiel Umweltzerstörung), vielmehr eröffnet er eine Verteilungsdiskussion innerhalb der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen.

Daß die sozialen, kulturellen und politischen Probleme einen handfesten Hintergrund im System der gesellschaftlichen Arbeit haben, wird in dieser Betrachtung ausgeblendet. Somit werden Ursachen und Auswirkungen von verschärfter Verdrängungskonkurrenz, Rationalisierungsbewegungen, Überschuldung und überbordende Finanzspekulation relativiert und die politischen Problemlösungen vom ökonomischen System der Arbeitsgesellschaft getrennt.

Lafontaine trägt in seiner Betrachtung der gesellschaftlichen Wirklichkeit zum Beispiel zur Individualität wichtige soziale und kulturelle Aspekte bei, die in SPD und Gewerkschaften bislang zu wenig Beachtung finden. In seinen Schlußfolgerungen fällt er jedoch weit hinter seine Thesen zurück. Soll mit Individualität, sozialer Existenz und persönlicher Entfaltung, mit dem Schutz von Natur und Umwelt, mit einer Humanisierung der Arbeit und einer sozialverträglichen Technikentwicklung ernst gemacht werden, dann muß die Gestaltung der Erwerbsarbeit ins Zentrum politischer Zukunftsentscheidungen gerückt werden.

In einer Zeit, in der die Arbeitnehmer durch Reallohnstagnation, zum Teil sogar durch Rückgang, beträchtliche „Vorleistungen“ haben, gigantische Summen aus der Produktion in die Finanzspekulation fließen, und die Kapital- und Vermögensbesitzer (17 Prozent der Bevölkerung) zwischen 1982 und 1986 ihren Anteil am Nettoeinkommen um 8,2 auf 41,9 Prozent steigern konnten, muß seine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wie eine Provokation klingen. Völlig unbestritten ist es, daß eine größere Verteilungsgerechtigkeit in den Primäreinkommen kommen muß, zweifellos ein wichtiger Test für die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften und die Solidarität der Arbeitnehmer. Wer aber die Frage der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit auf diese Frage einengt, setzt an die Stelle gesellschaftlicher Reformen eine Politik des „Sozialismus in einer Klasse“ und kapituliert vor dem Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital.

Ebenso würde jeder Versuch, die Arbeitslosigkeit wegzudefinieren oder den Arbeitsmarkt durch ein dotiertes Honorar um etliche Arbeitsuchende zu bereinigen, nie den Charakter von Willkür oder Gnadenakt ablegen können. Eine symbolische Zuspitzung ist in der Politik manchmal notwendig, um komplexe Probleme überhaupt diskutieren zu können, aber sie sind kein Ersatz für eine Politik zur Veränderung unbefriedigender Verhältnisse und erst Recht nicht für eine grundlegende Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Wir sollten zwar die arbeitgesellschaftliche Traditionslinie erweitern, aber sie nicht unnötig aufgeben. Denn letztlich sind auch Hedonismus und mehr Selbstverwirklichung für die überwiegende Mehrheit der Menschen nur dann zu erreichen, wenn das System der gesellschaftlichen Arbeit reformiert wird.

(-/7.3.1988/st/ks)

Die Zeit der Niederlagen und Enttäuschungen (Teil II)

Erinnerungen an das Frühjahr 1933

Von Josef Falder *

Am 29. April 1933 lehnen mit einer eindrucksvollen Rede ihres Altparlamentariers Roßhaupter (München) 15 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete das von den bayerischen Nazis vorgelegte Ermächtigungsgesetz ab. Wie am 23. März in Berlin, so auch in München eine gefährliche Sitzung, bezeichnend dabei der physische Zusammenbruch des aus dem KZ Dachau entlassenen, dort schwer mißhandelten Abgeordneten Poeschke aus Erlangen (nach 1945 dort Oberbürgermeister) und seines niederbayerischen Kollegen Laumer. Mit wilden Drohungen wird die Mandatsniederlegung der (aus ihrem Versteck erschienenen) Kollegen Dr. Wilhelm Hoegner und des Landesvorsitzenden der SPD, Erhard Auer, erzwungen.

Die nach neuen Verhaftungen auf 65 Köpfe verringerte Reichstagsfraktion der SPD gerät am 17. Mai 1933 in Berlin in große seelische Bedrängnis. Göring hatte den Reichstag zu einer - wie er am Rundfunk und durch die Presse verkünden ließ - außergewöhnlichen Sondersitzung einberufen. Sie entscheide über die „Ehre und Würde der Nation“. In Wirklichkeit ging es um die hochgradige raffinierte Täuschung der Westmächte durch Hitler, der eine größere Frist für seine verdeckte Hochrüstung benötigte. Motiv: Einwirkung auf die bei der Abrüstungskonferenz in Genf um diese Zeit aufgetauchte Frage der Gleichberechtigung Deutschlands. Paul Löbe hatte als unser ehemaliger Reichstagspräsident uns die von der Regierung und den anderen Fraktionen eingebrachte EntschlieÙung vorgelegt, die den sachlichen, in keiner Weise unakzeptablen Wortlaut aufwies:

„Der Reichstag, als die Vertretung des Deutschen Volkes, billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.“

Dr. Frank, Dr. Schmidt, Dr. Perlitius, Leicht und Genossen.

Wir Sozialdemokraten waren in drei Gruppen gespalten. Eine verwies auf den ersten Absatz der Rede von Otto Wels am 23. März, die ja auch das ständige Bemühen der SPD um die Gleichberechtigung kennzeichnete, die zweite Gruppe unter dem Abgeordneten Künstler (Berlin) trat für eine Aussprache mit dem Innenminister Frick ein, bei der wir die Forderung auf eine zusätzliche Erklärung zu der EntschlieÙung erheben sollten. Die kleinere, dritte Gruppe (wir 17 um Dr. Schumacher und Antonie Pfülf) waren für Abreise, billigten aber die Delegation Löbe-Ebert jun. bei Frick. Aus dem Ausland waren unter Gefahr Stampfer und Vogel, scharf abratend zum Gang in den Reichstag und für Verweigerung votierend, herbeigeeilt. An den erregten Debatten über Stunden (am 16.5.) nahmen 30 Redner teil und dann kam die Delegation mit einer glatten Morddrohung Fricks zurück: „Erklärungen gibt es nicht mehr für die SPD, Herr Abgeordneter. Diese Zeit ist vorbei. Ihr könnt wegbleiben, ihr könnt dagegenstimmen, doch dies sage ich Ihnen, das Leben und die Würde der Nation steht uns weit höher als das Leben eines Abgeordneten.“

Für die kleinere Gruppe - dem Genossen Schumacher trieb die Empörung über das Verhalten Fricks Tränen ins Gesicht - war nun klar, daß wir mit den anderen Kollegen handeln müßten. Also Zustimmung ohne Unterschrift. Antonie Pfülf war psychisch nicht mehr in der Lage, in den Reichstag zu gehen. Sie verübte während ihrer Abreise einen Freitod-Versuch, wurde aber gerettet. Am 8. Juni 1933 folgte ihr zweiter, leider erfolgreicher. Wer das Protokoll der sogenannten „Friedensrede des Führers“ liest, wird aus dem Staunen über die Unverfrorenheit und die allen Tatsachen ins Gesicht schlagenden Lügen Hitlers entsetzt sein. Man sollte dieses unerhörte Lügengewebe längst in den Geschichtsstunden der Schulen mit der vom ganzen Volk erlebten düsteren Wahrheit konfrontieren.

Die Beteiligung der Sozialdemokraten am 17. Mai 1933 entsprang nationaler, absolut vertretbarer, wenn auch bei den Bruderparteien im Ausland nicht akzeptierter Grundhaltung. Persönliche Besorg-

nis, auch nicht zuletzt für unsere in den KZ's befindlichen Genossen, schwang natürlich mit. Nur wer diese Stunden erlebte, kann vollberechtigt urteilen.

Schon am 10. Mai 1933 hatte der Generalstaatsanwalt in Berlin das Vermögen der Partei beschlagnahmt. Die unsinnige „Bücherverbrennung“ an vielen Orten heizte die Emotionen fanatisierter Kreise auf, schwere Übergriffe der SA und der SS häuften sich, und so entsandte die SPD nach einstimmigem Beschluß ihrer entscheidenden Gremien (sie tagten immer unter persönlicher Gefahr) die wichtigsten Spitzen nach Prag und nach Saarbrücken. Fritz Heine, Funktionär damals im Parteivorstand, hat nicht nur in diesen schwierigen Tagen, sondern noch weit mehr bei der Hilfe für prominente Genossen und viele andere, mit großem Geschick im In- und Ausland geholfen.

Am 10. Juni beschäftigte sich der Rest der Reichstagsfraktion in Berlin mit der weiteren Existenzfrage der Partei. Zwei Tage vorher war die hochverdiente Toni Pfülf aus tiefem Gram über den ausgebliebenen Widerstand der Gewerkschaften und der Partei aus dem Leben geschieden. In langen, erregten Debatten (dem Verfasser gelang die heimliche, stenographische Aufnahme und nachfolgende bewahrte Niederschrift), klang wiederholt die illusionäre Meinung auf, genährt durch verschiedene Vorgänge in Landesteilen, es käme noch zu korrigierenden politischen Änderungen und zu einem Eingreifen der Reichswehr. Ein neuer Parteivorstand sei zu wählen und er müsse die Verbindung mit den nach draußen gesandten Genossen aufnehmen. Dies forderte besonders Kurt Schumacher. Am 1. Juli sollte die Fraktion wieder tagen.

Am 18. Juni verkündete der alte, sich weiter als allein vertretbar bezeichnende emigrierte Parteivorstand die große Anklage gegen das Naziregime durch internationale Flugblattaktionen. Am 22. Juni 1933 antwortete - längst vorbereitet - der Nazi-Reichsinnenminister Dr. Frick mit dem Verbot der SPD, der Aberkennung aller parlamentarischen und gemeindlichen Mandate im Reiche. Eine umfassende große Verfolgungswelle setzte ein. Am 28. Juni waren auch 21 Reichs- und Landtagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei in Haft, die sich am 4. Juli selbst auflöste. Es folgten bald die deutschnationalen Steigbügelhalter Hitlers mit ihrem entlassenen Minister Hugenberg und der den Verbrechern über die Jahre hinweg so dienerische Stahlhelm, über den bei Gelegenheit noch etwas zu sagen ist. Der Reichsrat war beseitigt, der Reichstag blieb bis an des Dritten Reiches Ende aus ernannten Abgeordneten gelegentlicher Befehlsempfänger. Sie hatten nur zu jubeln und zu singen. Der Reichspräsident war schon längst vor seinem Tode völlig ausgeschaltet und sofort danach ließ sich ja die Reichswehr nicht mehr auf die Verfassung, sondern als die Wehrmacht direkt auf den „Führer“ vereidigen.

(-7.3.1988/rs/fr)

(*) Der Autor ist der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, der er in den Jahren 1932/33 angehörte. 1957 bis 1969 gehörte Josef Felder, der heute in München lebt, dem Deutschen Bundestag an.